„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam Nr.: 07/2013

20. Jahrgang 56. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. November 2013

LINKE erwirkt Rückkehr zum Beschluss von 2010

Weiße Flotte ans Mercure

Man muss sich ja fast entschuldigen. Zuerst bei der Weißen Flotte, dass nach Jahren immer noch über einen Neubau am Hafen diskutiert wird. Und bei den Lesern, dass wir schon wieder mit dem Thema kommen. Und wahrscheinlich ist es noch nicht einmal das letzte Mal.

Die Fraktion der LINKEN hatte sich mit ihrem Antrag bereits im Bau- und im Hauptausschuss durchgesetzt, zurück zu kommen auf den ersten Beschluss von 2010, mit dem der Weißen Flotte ein Neubau am Fuße des Mercure ermöglicht werden sollte. Doch dann das Plattner-Intermezzo. Eine Kunsthalle wollte er bauen und gab so der Verwaltung und einigen Stadtverordneten die Chance, ernsthaft über die aus Sicht des Oberbürgermeisters und der Potsdamer Mitte-Initiativen günstige Möglichkeit für den Abriss des Mercure nachzudenken. Mit der Weißen Flotte wurde erneut verhandelt, ihr schließlich der Platz am Neptunbecken angeboten. Architekt Winkens bearbeitete auch dieses Projekt – den sogenannten Winkens--Winkel – dessen Grundriss die südliche Ecke des Neptunbeckens umgibt und mit der Front dem Hafen zugewandt ist.

Plattner gab allerdings seine Absicht auf angesichts des Widerstandes gegen den Abriss des Mercure. Und die Verhandlungen mit den Architekten des Neuen Lustgartens scheiterten, sie verweigerten den Eingriff in den Lustgarten, und ein neuer Vorschlag wurde in die Diskussion gebracht: Die Weiße Flotte soll zwischen Neptunbecken und Bahndamm bauen. Da stört sie am wenigsten. Da setzte sich auch die Verwaltung mit ins Boot. Und so hatten die Stadtverordneten über zwei alternative Vorschläge zu entscheiden.

Für Jörg Winkler, einen der Geschäftsführer der Weißen Flotte, hatte die LINKE Rederecht beantragt. Er blickte auf die Jahre zurück, in denen sein Betrieb hingehalten, von hier nach da versetzt werden sollte und ihm nun sogar ein Standort direkt am Hafen verwehrt wird.

Nach der einmal verloren gegangenen Chance, das Mercure günstig loszuwerden, dem nun fertigen Schloss, und der Wiederentstehung der Alten Fahrt haben sich Verwaltung und die gerade vereinigten Bürgerinitiativen für die historische Mitte offensichtlich den Lustgarten als neues Objekt ihrer Aufmerksamkeit auserkoren. Da stören das Mercure und die Weiße Flotte die Sichtachsen.

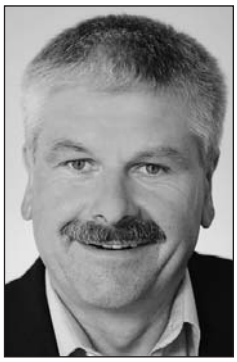
Schlossarchitekt Joachim Kuke hatte ebenfalls Rederecht erhalten und appellierte an die Stadtverordneten, die bei ihrer Ankunft im Stadthaus schon von Demonstranten empfangen wurden.

Nach emotionaler Debatte setzte sich der Antrag der LINKEN durch, einen temporären Neubau am Fuß des Mercure zu genehmigen.



Mit auf den Weg…

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,



lediglich ein Drittel der fast 150 Tagesordnungspunkte konnte in der Sitzung abgearbeitet werden, so dass eine umfangreiche Nachsitzung erforderlich war. Erfreulich ist, dass die lange Diskussion zum Standort der Weißen Flotte zu einem klaren Ergebnis geführt werden konnte. Eine Mehrheit stimmte dem Antrag der Linksfraktion zu, dass die Flotte ihren Neubau am „Mercure“ errichten darf. Der Druck der Demonstranten um die Initiative „Rettet den Lustgarten“ führte nicht dazu, dass die im Vorfeld angekündigte Zustimmung der gesamten Linksfraktion, der Fraktion DIE ANDERE sowie von Teilen der SPD und der CDU gekippt werden konnte. Diese Entscheidung für einen exponierten Platz der Weißen Flotte in der Potsdamer Mitte und nicht, wie vom OB vorgeschlagen, am Bahndamm im Hinterhof des Lustgartens muss jetzt durch Herrn Jakobs umgesetzt werden. Ich hoffe, dass sich damit endlich auch ein pragmatischer und realistischer Umgang mit dem „Mercure“ durchsetzt. Nach dem Scheitern von Tourismusabgabe und der von der SPD erfundenen Bettensteuer ist keine Trotzreaktion des Oberbürgermeisters, sondern ein kühler Kopf gefragt. DIE LINKE hält daran fest, dass der Zutritt zum Park Sanssouci frei bleibt. Statt mit einer Haushaltssperre zu drohen oder ohne Zustimmung der SVV schon mal Gespräche zur Aufhebung der Vereinbarung mit der Schlösserstiftung zu führen, sollte Herr Jakobs die Verbände beim Wort nehmen und zumindest eine freiwillige Tourismusabgabe auf den Weg bringen. Meine Unterstützung hat er dabei.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Die Ortsteile von Potsdam



Auch wenn in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sehr wichtige Beschlüsse, mit weitreichenden Folgen für die Entwicklung unserer Stadt in den nächsten Jahren, gefasst oder auch nicht gefasst worden sind, möchte ich an dieser Stelle an ein wichtiges Jubiläum erinnern.

Vor fast genau zehn Jahren erfolgte die Eingemeindung der neuen Ortsteile, heute oft nördliche Ortsteile genannt.

Was hat sie gebracht?

Erst einmal den Titel „Landeshauptstadt mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche". Wobei sich die Stadt mit der Förderung des ländlichen Raumes recht schwer tut. Wie werden unsere Landwirte und Obstbauern unterstützt?

Die von unserer Fraktion beantragte und von der SVV im Dezember 2012 beschlossene Erarbeitung eines Masterplanes für den Potsdamer Norden wird es nicht geben, aus personellen Gründen, wie die Verwaltung mitteilt. Aber es gibt auch Positives zu berichten, wie die Verbesserung der Infrastruktur (Straßen, Geh- und Radwege) in vielen Ortsteilen, der Ausbau der Kulturscheune in Marquardt, der Erhalt der Bürgerhäuser in Groß Glienicke und Fahrland oder die Entwicklung des Wissenschaftsparkes in Golm.

Ein reges Kultur- und Vereinsleben hat sich entwickelt, unterstützt auch durch Fördergelder aus dem Stadthaushalt. Hier ist es aber zwingend notwendig, Vereinfachungen im Antragsverfahren zu erreichen.

In Anbetracht der Entwicklung der Finanzlage der Landeshauptstadt, die mehr als kritisch zu betrachten ist, muss dennoch die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel eingefordert werden. Schwerpunkte sind gerade die Entwicklungen im Bereich Schulen, Kitas und Sportstätten sowie einer weiteren Verbesserung im Bereich des ÖPNV.

Denn der Anstieg der Einwohnerzahlen erfolgt auch und gerade in unseren Ortsteilen.

Peter Kaminski,
für die Fraktion der LINKEN stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen,
Mitglied im Ortsbeirat Groß Glienicke

Schriftplastik vor der Stadt- und Landesbibliothek

Die Frage von Dr. Karin Schröter nach der Wiederaufstellung der Schriftplastik, die vor der Stadt- und Landesbibliothek gestanden hatte, führt zu einer Befassung im Kulturausschuss.

Wie die Kulturbeigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, habe der Beirat für Kunst im öffentlichen Raum festgestellt, dass das Kunstwerk nicht wieder unbedingt dort aufgestellt werden müsse, da der Bezug zur Bibliothek und dem Buchladen nicht mehr bestehe. Der Beirat schlage den Vorplatz des Oberstufenzentrums 1 in der Jägerallee als Standort vor. Die Beigeordnete empfahl, das Thema noch einmal im Kulturausschuss zu behandeln. Das Kunstwerk besteht aus oberflächenbehandeltem Stahl, das aus zwei ineinander verschlungenen Zitaten eine Kugel formt. Goethes Faust II: „Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis" und die elfte Feuerbachthese von Karl Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern."

Abrissverfügung bleibt

Rolf Kutzmutz hatte sich eines Bürgerproblems angenommen: Die Stadtverwaltung hatte eine Abrissverfügung für eine Gartenlaube in der Anglersiedlung Sacrow ausgesprochen, obwohl das Verwaltungsgericht nach einem Erörterungstermin eine Kulanzentscheidung angeregt hatte. Die Eigentümer wollten eine asbestverseuchte Gartenlaube durch einen neue ersetzen. Der Baubeigeordnete Matthias Klipp erklärte, dass es keinen Bestandsschutz gebe, wenn das bestehende Gebäude abgerissen wurde. Schritt für Schritt hätte man es ersetzen können. Den Vorschlag der Richterin, diesen Fall so zu behandeln, als ob die Laube durch einen Brand oder ein anderes Naturereignis zerstört worden wäre, lehnte die Stadtverwaltung ab. Eine Baugenehmigung sei abzulehnen, weil das mehrfach geschützte Gebiet einem Ausbauverbot von 50 Metern am Ufer unterliege. Es würde eine „extreme Vorbildwirkung" geben.

Auch der Hinweis von Rolf Kutzmutz, dass er eine Dokumentation vorlegen könne, nach der jede zweite Laube in der Siedlung dagegen verstoße, wurde mit der Bemerkung abgetan, dass dies „bauordnungsrechtlich nicht zu vergleichen" sei.

Kaufhalle Zum Teufelssee

Nach der Schließung der Kaufhalle Zum Teufelssee hatten sich viele Bewohner von Waldstadt II dafür engagiert, eine Einkaufseinrichtung zu erhalten. Nun soll ein Wohnhaus errichtet werden, in dessen Erdgeschoss eine Kaufhalle integriert wird. Das Vorhaben sollte von der Bauverwaltung vorrangig bearbeitet werden. Wann sei mit einer Baugenehmigung zu rechnen?, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Matthias Klipp bedauerte, die Antragsunterlagen seien noch nicht vollständig und fehlerhaft. Der Investor wisse, was noch zu tun ist. Zum Termin könnten noch keine Aussagen getroffen werden, er sagte aber die Unterstützung des Bauherrn zu.

Finanzierungsvorschläge abgelehnt

Kommt nun der Parkeintritt?

Als ob es die immer wieder geforderte Diskussion über einen Parkeintritt für den Schlosspark Sanssouci nicht gegeben hätte. Seit 2004 war sich die SVV in großer Mehrheit einig, was im Mai 2011 noch einmal ausdrücklich bestätigt wurde: Es soll keinen Parkeintritt geben. Aber jetzt gingen alle (auch grundsätzlichen) Argumente noch mal hin und her. Denn ein Dilemma war auszubügeln: Gerade noch rechtzeitig vor dem Ablauf des Ultimatums der Schlösserstiftung, dass die Stadt sich mit einem Parkeintritt an der Erhaltung der Parkanlage beteilige, hatte die SVV mit 31:13 einem Vertrag zugestimmt, der der Stiftung zwar 5 Millionen Euro über fünf Jahre zusagt, aber keine Deckungsquelle enthält. Hier war also Nacharbeit angesagt, eine Tourismusabgabe sollte für die Einnahmen sorgen. Die scheiterte zuerst an den Betroffenen, die zahlen sollten, Hoteliers, Gastronomen, Händler, aber auch an Gewerbetreibenden, die in irgendeiner Weise, mehr oder weniger vom Tourismus profitieren. Dann kam die SPD – von allen, auch vom Oberbürgermeister unerwartet – mit dem Vorschlag einer Bettensteuer, für die nur private Übernachtungen herangezogen werden sollten. Zwei Vorschläge also, die letztlich dann von der Verwaltung vorgelegt wurden, dazu ein Änderungsantrag der LINKEN., der Gespräche mit den Verbänden vorschlägt und deren generelle Bereitschaft für eine freiwillige Abgabe als Ziel formuliert. Die Ablehnung aller Anträge war zu erwarten. Der Oberbürgermeister drohte mit Haushaltssperre, die natürlich zuerst die freiwilligen Aufgaben trifft. Und er wird versuchen, den Vertrag mit der Schlösserstiftung aufzulösen. Das Ergebnis ist vorgezeichnet: der Parkeintritt, obwohl es einmal eine große Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und in der Bevölkerung dagegen gab und gibt.

„Es gäbe aber auch eine ganz andere Möglichkeit", sagte Hans-Jürgen Scharfenberg. „Die Garnisonkirche soll 12 Millionen Euro von der Bundesregierung bekommen. Gäbe man sie der Schlösserstiftung, könnte man für 12 Jahre dafür sorgen, dass es keine Parkgebühr gibt."

Mehrheitlich beschlossen

Bildende Kunst in Depots

Eine Übersicht aller Kunstwerke aus dem öffentlichen Raum, die die Stadt deponiert hat, soll die Verwaltung vorlegen. Entsprechend dem mehrheitlich beschlossenen Antrag der LINKEN sollen Künstler, Entstehungsjahr, ursprünglicher Aufstellungsort, Zustand, geplanter Ort und Zeit einer Wiederaufstellung enthalten sein.

Potsdamer Partnerstädte

In der SVV am 4. Januar soll der Oberbürgermeister berichten, wie das Projekt „Stelen der Partnerstädte", das einst für die Luisenplatz geplant wurde, vor dem Stadthaus umgesetzt werden kann. Der Antrag der LINKEN wurde mehrheitlich beschlossen.

Bildungs- und Teilhabepaket

Lange genug geht es schon um die 800.000 Euro, die in Potsdam nicht verwendet worden sind aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes. Obwohl es Informationen aus dem brandenburgischen Sozialministerium und der Bundesregierung gibt, dass das nicht verausgabte Geld nicht zurückgefordert wird, steht die Stadtverwaltung auf dem Standpunkt, die Mittel weiter „vorzuhalten".
Der nun mehrheitlich beschlossene Antrag der LINKEN besagt nun, dass der Hauptausschuss umgehend vom Stand der Gespräche zu informieren ist, die Entscheidung über den Umgang mit diesen Mitteln trifft die Stadtverordnetenversammlung.

Schneller mit Zielprämien

Straßenbauarbeiten in der Stadt sollen beschleunigt werden. Wären Zielprämien eine Möglichkeit dazu? Dies soll der Oberbürgermeister nach einem Antrag der LINKEN prüfen und in der März-Sitzung 2014 berichten.

Kultür in Potsdam

Das Projekt Kultür, eine Initiative von Studierenden der Fachhochschule, mit der nicht verkaufte Tickets für Kulturveranstaltungen an Menschen mit geringem Einkommen vermittelt werden, soll auch von der Stadt unterstützt werden. Der Antrag der LINKEN beauftragt den Oberbürgermeister, zur SVV am 4. Dezember einen Bericht vorzulegen.

Überwiesen in die Ausschüsse

Mensa der Voltaire-Schule

Zusätzlich in die Planung des KIS soll die Sanierung bzw. der Neubau einer Mensa für die Voltaire-Schule aufgenommen werden. Die Schulleiterin Karen Pölk, für die die LINKE das Rederecht beantragt hatte, schilderte die dramatische Situation für 900 Kinder und 92 Lehrer in der beliebten Gesamtschule, für die nur 120 Essensplätze zur Verfügung stehen, so dass jedem Essensteilnehmer nur 10 Minuten zur Verfügung stehen. Die Aula müsse mit genutzt werden, dafür könne dort dann kein Unterricht stattfinden. Seit sieben Jahren kämpften Schüler, Eltern und Lehrer um die Verbesserung der Situation. Der Antrag der LINKEN wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

Differenzierung Reinigungskl. 3

In mehreren Anträgen beschäftigten sich die Fraktionen mit nicht nachzuvollziehenden Änderungen der Eingruppierung von Straßen in Reinigungsklassen mit höherer Frequenz (und höheren Gebühren). Vorgeschlagene Änderungen sollen nun im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung beraten werden.

Abgelehnt

Parkkonzept Stadtzentrum

Parken in der Innenstadt soll trotz der zu erwartenden weiteren Belastung ohne Konzept bleiben. Ein Antrag der LINKEN dazu wurde abgelehnt. Die Parksituation am Alten Mark sei jetzt schon angespannt, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Im Dezember gehe der neue Landtag in Betrieb. An der Alten Fahrt werde zwar gebaut, aber ohne Parkplätze. Und der großzügige Parkplatz am Bahnhof wird ebenfalls weg sein, weil dort die IHK baut. Mit der Ablehnung werde ein echtes Problem einfach ignoriert.

Anträge der LINKEN bei der Fortsetzung der SVV am 11.11.2013

Beschlossen:

Sanierung Neuendorfer Straße • Hans-Jürgen Scharfenberg verwies darauf, dass die Sanierung der Neuendorfer Straße erneut verschoben worden ist. Eine weitere Verschiebung ist durch die Aufnahme (wesentlicher Abschnitte) in die Sanierungsplanung 2014 auszuschließen.

Barrierefreiheit in der Brandenburger Straße • Durch Sondernutzung der Brandenburger Straße von Einzelhändlern kommt es oft dazu, dass Trassen zugestellt werden und so die Barrierefreiheit nicht mehr gegeben ist. Durch regelmäßige Kontrollen der Einhaltung der erlassenen Sondernutzungssatzung und der Stadtordnung sollen Verstöße verringert soll das künftig verhindert werden. Jana Schulze hob hervor, dass die Stadt sich mit dem Beschluss des Lokalen Teilhabeplanes das Ziel gesetzt hat, Barrierefreiheit nicht nur zu diskutieren sondern umzusetzen.

Deutsch als Zweitsprache • In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, dem Migrantenbeirat und Freien Trägern sollte Deutsch als Zweitsprache an Grundschulen qualifiziert werden. Bedarf und Möglichkeiten dazu sind zu ermitteln und zeitnah umzusetzen. Stefan Wollenberg begründete diesen Auftrag an den OB u.a. damit, dass die bereits heute sehr große Zahl fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler, ihre Neuaufnahmen im laufenden Schuljahr noch durch Zuzüge von Flüchtlingen nach Potsdam weiter ansteigen wird und damit die bestehenden Defizite bei der Vermittlung der deutschen Sprache noch größer werden.

In den Hauptausschuss überwiesen:

Stadtplanung verstärken • Der Bereich Stadtplanung/Stadterneuerung/Verbindliche Bauleitplanung soll zeitlich begrenzt mit 3 – 5 Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern verstärkt werden, um mehr Planungskapazitäten vor allem für die Bearbeitung von Wohnungsbauvorhaben zu schaffen. Rolf Kutzmutz rief in Erinnerung, dass die Erarbeitung von B-Plänen nach festgelegten Prioritäten erfolgt und es somit schwierig ist, wichtige Wohnungsbauvorhaben noch parallel dazu zu bearbeiten.

In den Ausschus KOUL überwiesen:

Rauchverbot an Haltestellen • Das von den Stadtverordneten beschlossene Rauchverbot an Haltestellen soll durch die ViP als Nichtraucherzonen kenntlich gemacht werden. Das, so Hans-Jürgen Scharfenberg, wäre ein konkreter Schritt, den Beschluss auch mit Konsequenzen zu versehen.

Straßenreinigungssatzung 2014/15 • Beibehaltung der gebührenpflichtigen Straßenreinigung.

In den Ausschuss SB überwiesen:

Parkplatzprobleme in Waldstadt I • Zunehmende Parkplatzprobleme in Waldstadt 1 sind gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen zu lösen. Im ältesten Neubaugebiet Potsdams war die heutige Ausstattung mit Pkw nicht vorauszusehen gewesen. Hinzu kommt, so Hans-Jürgen Scharfenberg weiter, dass bisher vorhandene Parkflächen durch Aufstellen von Pollern zum Schutz der Bäume jetzt auch nicht mehr zur Verfügung stehen.

In Ausschuss SB und OBR überwiesen

Verbesserung der Infrastruktur • Der Oberbürgermeister soll die Möglichkeit prüfen, wie die ehemalige Straßenverbindung zwischen Fahrland und Maquardt wieder hergestellt und so die Infrastruktur im ländlichen Raum verbessert werden kann. Die aktuelle Diskussion zur Nahversorgung im Potsdamer Norden macht deutlich, dass hier auch mit Blick auf künftige Entwicklungen erhebliche Defizite bestehen, die unter anderem durch eine bessere Straßenanbindung der einzelnen Ortsteile ausgeglichen werden können, führte Peter Kaminski aus.

In den Ausschuss GS überwiesen:

Management Wohnen • Zur Koordinierung und bedarfsorientierten Bereitstellung und Vermittlung von Wohnraum vor allem für Menschen mit Behinderung und ältere Bürgerinnen und Bürger soll eine Managementstelle geschaffen werden, so Solveig Sudhoff zu einem weiteren Antrag der Fraktion.

Was – wann – wo?



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
18. und 25. November 2013; 02. und 09. Dezember 2013

57. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde
Stadthaus, Plenarsaal
04. Dezember 2013, 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“
Bürgerhaus Am Schlaatz, Schilfhof 28, Stadtteil Schlaatz
08. Dezember 2013, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 8/2013
Stadthaus, Raum 3.107
13. bis 18. Dezember 2013 (außer Sa. und So.)
Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender
am 26. November 2013, 17 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen) Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/6005069; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Rathausreport live im Stern*Zeichen

„Die Stadt gehört doch nicht dem Oberbürgermeister“



Die schwerwiegenden Themen der letzten SVV (Weiße Flotte und Tourismusabgabe) hatten zwar dafür gesorgt, dass das Pensum von 144 Tagesordnungspunkten nicht geschafft wurde, sie hatten aber auch einen gut besuchten Polit-Frühschoppen der LINKEN im Stern*Zeichen bewirkt. Die meisten hatten die Diskussionen im Vorfeld und die mediale Berichterstattung verfolgt, andere waren gar vor das Stadthaus gekommen, um den „Historismus-Predigern“ Paroli zu bieten. Von gar nicht feinem Gebaren der „feinen Herrschaften“, Beleidigungen und körperlichen Angriffen hatten sie berichtet und bestärkten die Fraktion der LINKEN, unbedingt weiter für die Weiße Flotte und das Hotel Mercure zu kämpfen. Man wolle nicht zukünftig mit Kutschen durch die historische Mitte fahren müssen. „Die haben wohl auch vergessen, wer die Kriege angefangen hat, die die Stadt zerstört haben“, rief einer empört.
Einig waren die Anwesenden auch darin, dass der Parkeintritt verhindert werden soll. Hans-Jürgen Scharfenberg bat um ein Stimmungsbild der Anwesenden, um sich für die weiteren Auseinandersetzungen zu wappnen. Nach dem Ultimatum des Stiftungsrates der „Preußischen Schlösser und Gärten“ habe man über verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Die von der Verwaltung vorgelegte Tourismusabgabe scheiterte, weil sie nicht von den betroffenen Verbänden akzeptiert wurde. Dann brachte die SPD plötzlich eine Bettensteuer ins Gespräch. Und die Verwaltung hatte nun beide Varianten zur Abstimmung vorgelegt – vor allem aus dem Zwang heraus, weil die 1 Million Euro pro Jahr für einen Zeitraum von fünf Jahren bereits im Juni ohne Deckungsquelle beschlossen worden waren. Die Fraktion der LINKEN hatte noch einen Änderungsantrag eingebracht, nach dem über Gespräche mit den Verbänden eine freiwillige Tourismusabgabe erreicht werden soll. Dieser Antrag verfehlte knapp die Mehrheit, beide anderen Verwaltungsvorschläge wurden deutlich abgelehnt. Eigenmächtig, also ohne Auftrag der SVV, habe der Oberbürgermeister nun angekündigt, den Vertrag mit der Schlösserstiftung lösen zu wollen, was letztlich zum Parkeintritt führe. „Die Stadt gehört doch nicht dem Oberbürgermeister“, war zu hören.
Viele Stern-Bewohner waren auch zum Rathausreport Live gekommen, um Neues über ihr Wohngebiet zu erfahren. Und da war Michael Hoier-Schönbeck genau der Richtige. Der Investor war schon mehrfach am Sonntagmorgen bei den LINKEN. Diesmal ging es um den Keplerplatz. Nach fast zwei Jahren habe er jetzt die Baugenehmigungen sowohl für die Sanierung des alten Flachbaus als auch für den Anbau. Der eingeschossige Gewerbebau soll ein SB-Restaurant und ein bis zwei kleine Geschäfte erhalten. Der Keplerplatz samt Neugestaltung des Parkplatzes soll im nächsten Jahr fertig werden. Mit Fug und Recht kann DIE LINKE sagen, dass sie diesen Prozess initiiert, unterstützt und aktiv begleitet hat.

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.